

Information zur SPD-Programmkonferenz „Der vorsorgende Sozialstaat“ am 25.11. 2006 in Berlin

Der Begriff „Vorsorgender Sozialstaat“ scheint zu einem der zentralen Begriffe der SPD zu werden. Die Reden von Kurt Beck und Franz Müntefering zu diesem Thema auf der Tagung und das der Konferenz zugrunde liegende Impulspapier von Beck, Müntefering und Struck zeigen, dass dem Thema Sozialstaat eine herausragende Stellung beigemessen wird.

Der SPD-Vorsitzende, Kurt Beck, betonte, dass es beim vorsorgenden Sozialstaat um eine Gesamtverantwortung gehe, um „eine Klammer um die Gesellschaft“, nicht um Gruppeninteressen. Dies sei keine Absage an Wettbewerb, aber man dürfe sich nicht mit einer rein auf Wettbewerb ausgerichteten Gesellschaft abfinden. Die Gesellschaft sei schon zu stark in diese Richtung abgeglitten.

Er betonte, dass die großen Lebensrisiken auch in Zukunft grundlegend durch solidarische Systeme abgesichert werden müssten. Die Sozialleistungen müssten schrittweise stärker über Steuern finanziert werden. Er wandte sich gegen den Abbau des Kündigungsschutzes und für Mindestlöhne (nachgeordnet zu tarifvertraglichen Regelungen) aus. Außerdem würde es wohl keine einheitlichen Regelungen in Deutschland geben. Kombilöhne hätten nur einen „abgegrenzten ergänzenden Platz“. Mitbestimmung soll ausgebaut und auf die europäische Ebene gehoben werden.

Indirekt auf den Rüttgers-Vorschlag (AGL I nach der Einzahlungsdauer in die Arbeitslosenversicherung) bezogen wandte er sich dagegen, „Jüngere gegen Ältere oder Eltern gegen Kinder auszuspielen“.

Beck kündigte ein SPD-Konzept für die stärkere Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern an und bot Bundeskanzlerin Merkel Gespräche über die Einführung von „Investivlöhnen“ an. Ausführlich und hier relativ konkret wurde Beck beim Thema Bildung. Hier sprach er sich nicht nur für die schrittweise Einführung kostenfreier Kitaplätze aus, sondern auch für vernünftige Angebote der Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr. Er hob auch den pädagogischen Aspekt hervor. Kindergärten könnten auch „Orte der Begegnung“ sein, auch im Sinne einer „natürlichen Erziehungsberatung“. Das sei im Sinne der Vorsorge, bevor das Jugendamt oder andere eingreifen müssten. Er betonte auch die Notwendigkeit, das Bildungssystem durchlässiger zu machen. Und er lehnte klar Studiengebühren für das Erststudium ab.

Wohn- und Begegnungsformen generell seien kein „Kleinkram“. Die „soziale Stadt“ sei eine wichtige Sache.

Bei der Pflegeversicherung seien die drei Stufen nicht adäquat den verschiedenen Notwendigkeiten. Er schlug „persönliche Budgets“ vor, die näher an den konkreten persönlichen Bedürfnissen sein müssten.

Integration sei nicht nur Sprachförderung. Persönliche Beziehungen seien wichtig.

Zusammenfassend grenzte sich Beck von den in den USA üblichen sozialpolitischen Regelungen ab. Die sollen ihren Sozialstaat leben, das ist „kein Modell, das für uns geeignet“ sei.

Vizekanzler Franz Müntefering meinte, dass Deutschland nicht trotz, sondern wegen seines Sozialstaates erfolgreich sei. Die Idee des vorsorgenden Sozialstaates sei auch nicht neu. Aber es gelte, ihn unter den jetzigen Bedingungen zu gestalten. Es sei nicht mehr so, dass dies komplett nationalstaatlich zu gestalten sei, sondern nur in internationaler Zusammenarbeit. Diejenigen, „die denken links von uns zu sein“, würden immer noch einer nur national

bestimmten sozialen Politik das Wort reden. Im Unterschied zu Beck betonte er nachdrücklich, dass die Agenda 2010 der richtige Impuls gewesen sei, um die Reformen zu beginnen. Die Senkung der Arbeitslosenzahlen sei der Schlüssel für die Lösung der Probleme. Er grenzte sich hier von der Union insofern ab, dass er sich für eine „menschenswürdige Arbeit“ aussprach. Der Spruch, alles sei gut, was Arbeit schafft, sei nicht ausreichend. Auch er wandte sich gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes und vor Einschränkungen bei der Mitbestimmung sowie für Mindestlöhne. 460 000 Menschen müssten AGL II zum Lohn dazu beantragen. 36 Prozent der Beschäftigten hätten keine tarifvertragliche Bindung...Hier müsse der Staat eingreifen. Die SPD sende hier eine klare Botschaft: Es dürfe keine so starke Lohnspreizung wie bisher mehr geben. Wie Beck so mied auch Müntefering weitgehend das Thema der Gesundheitsreform. Letzterer betonte nur, dass das Gesundheitswesen eines der großen Wachstumsbranchen sei. Obwohl man das früher nicht wahrhaben wollte: Deutschland sei ein Zuwanderungsland. Deshalb müsse es die neue Bleiberechtsregelung geben.

Das Impulspapier

Mit dem Impulspapier für die Programmkonferenz dürften schon wichtige Weichen für die Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der SPD auf dem Gebiet des Sozialstaats gestellt sein. Zugleich ist es ein wichtiger (wenn nicht der wichtigste) Baustein bei der Profilierung der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Parteien, vor allem gegenüber der Union.

Mit der Formel vom „vorsorgenden Sozialstaat“ hat die SPD einen Begriff gefunden, unter dem sie ihre programmatischen Positionen auf die Zukunft gerichtet gut verkaufen kann. Die zentralen Aussagen sind:

- „Vorsorgender Sozialstaat heißt für uns: Der Sozialstaat sorgt vor, indem er alles unternimmt, um zu verhindern, dass soziale Notlagen überhaupt entstehen.“
- Der Sozialstaat und seine sozialen Sicherungssysteme dürfen nicht nur als Notfallstationen begriffen werden, sondern auch als ökonomisch sinnvoll.
- „Sozialstaat gibt sich nicht zufrieden mit der Aufgabe, Fehlentwicklungen auszugleichen, den Schwächsten zu helfen. Das muss er auch. Aber er hat die weitergehende Aufgabe, Gesellschaft zu gestalten, zu individuellen und zu subsidiären Lösungen von Problemen zu ermutigen.“
- „Der Sozialstaat gewährleistet den Zusammenhalt, der unsere Gesellschaft stark macht.“
- „Der Sozialstaat ist die Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft: Wenn die Menschen wissen, dass sie sich auf die Sicherheit der Sozialsysteme verlassen können, dann erhöht sich ihre Leistungsfähigkeit und Bereitschaft, wirtschaftlich notwendige Risiken einzugehen.“
- Die Agenda 2010 wird als entscheidender Schritt in Richtung eines vorbeugenden Sozialstaates gesehen. „Wir halten an diesem Reformprogramm fest, setzen es weiter um und entwickeln es fort. Es geht unverändert um einen dynamischen, wettbewerbsfähigen Sozialstaat als ein Kernstück der Sozialen Demokratie.“
- „Der vorsorgende Sozialstaat hilft, die Bedingungen für Wohlstand zu sichern, und verteilt den Zugang zu öffentlichen Gütern unabhängig vom Einkommen. Er investiert in die Bildung und Ausbildung der Jüngeren, er gewährleistet Qualifizierung und schafft familien- und kinderfreundliche Bedingungen in unserem Land.“
- „Der vorsorgende Sozialstaat eröffnet allen, unabhängig von der Herkunft, dem Alter oder dem Geschlecht, Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe durch Erwerbsarbeit und

sorgt dafür, dass die individuelle Leistungsbereitschaft und der Wunsch nach sozialem Aufstieg gefördert werden. Dabei achtet er darauf, dass sich soziale Benachteiligung von eingewanderten Menschen nicht verfestigt und stärkt die Zivilgesellschaft, ihren Teil zum Miteinander der Generationen und Kulturen zu leisten.“

Die konkreten Positionen sind:

- „Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss schrittweise für alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr eingeführt werden. Das letzte Kindergartenjahr soll bald und die gesamte Kindergartenzeit in einigen Jahren beitragsfrei sein. Ein Jahr vor der Einschulung sollten die Sprachkenntnisse mit verbindlichen Tests überprüft werden...“
- „Wir wollen, dass junge Menschen auch in der Schule länger gemeinsam lernen.“
- Für Ganztagschulen.
- „Der Zugang zum Erststudium muss daher frei von Studiengebühren bleiben. Studiengebühren sind der falsche Weg, um die Ausstattung von Hochschulen zu verbessern.“
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu „Eltern-Kind-Zentren“. Flexible Elternzeit, das Recht auf Teilzeit, die steuerliche Begünstigung von Familien, der Kinderzuschlag und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. „Elterngeld ist ein modernes und innovatives Instrument...“
- Allen die gleichen Ansprüche auf Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Dagegen, dass mit Kürzungen bei Jüngeren oder bei Familien mit Kindern eine längere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere finanziert wird. Kein Auspielen der Generationen gegeneinander. Für eine neue Weiterbildungskultur. „Langzeitarbeitslosen mit besonderen Vermittlungshemmnissen“ Perspektiven auf Beschäftigung eröffnen.
- „Wir brauchen gerechte Löhne. Wir streben deshalb die Einführung tariflicher Mindestlöhne über das Entsendegesetz an. Dort, wo es keine ausreichenden Tarifstrukturen gibt, kann mit gesetzlichen Mindestlöhnen ein Mindestmaß an Absicherung und Anerkennung für geleistete Arbeit gewährleistet werden.“
- Mittelfristig für eine Bürgerversicherung, systematischer Ausbau der Prävention zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung. Größere Rolle von Rehabilitation.
- Für Teilhabe und Mitbestimmung.
- Die Finanzierung des Sozialstaates erfolgt über den Dreiklang von Beiträgen, Steuern und privater Vorsorge. „Die solidarisch finanzierten Sozialversicherungssysteme bleiben die zentrale Säule der sozialen Sicherung in Deutschland angesichts der veränderten Erwerbs- und Arbeitsbiographien gewinnt aber die Steuerfinanzierung an Gewicht.“ Als Drittes müsse die private Vorsorge dazu kommen.
- Verteidigung der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. „Parallel starten wir die Initiative 50 plus, mit der die Beschäftigungschancen Älterer verbessert werden.“
- „Wir sind ein Einwanderungsland, und Fragen der Integration sind von hoher sozialstaatlicher Relevanz...wir unterstützen die Absicht, einen nationalen Integrationsplan zu entwickeln, indem wir gemeinsame Ziele beschreiben. Die Neuregelung des Bleiberechts für Geduldete muss human, sozial und pragmatisch sein.“
- Für die Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells.

Zusammenfassende Wertung:

Mit dieser Programmkonferenz nimmt die Programmdebatte bei der SPD langsam Konturen an. Sie wird von der SPD-Spitze genutzt werden, um sich einerseits gegenüber der CDU als soziale Kraft deutlicher zu profilieren und andererseits gegenüber der Linken auf diesem Gebiet wieder Boden gut zu machen.

Gegen den Begriff „vorsorgender Sozialstaat“ ist an sich nichts einzuwenden. Es wäre falsch sich in der Auseinandersetzung auf den Begriff zu konzentrieren. Im Gegenteil: Die Linkspartei und zuvor die PDS waren schon immer für einen Sozialstaat, der vor Notlagen vorbeugt. Gleichzeitig sollten wir vor Illusionen warnen, dass in einer kapitalistischen Ökonomie, vor allem in einem globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus, allen Notlagen vorzubeugen wäre. Vorbeugender Sozialstaat darf nicht heißen, dass soziale Standards abgesenkt werden. Es darf kein Junktim geben zwischen mehr und besserer Bildung und Absenkung (auch relative Absenkung bzw. Einfrieren) sozialer Standards. Gleichzeitig darf sich die Linke dabei nicht in die populistische Ecke drängen lassen – alles Gute und Schöne zu fordern.

Die Linkspartei sollte der SPD und anderen nicht das Politikfeld „Bildung“ – auch als eine vorbeugende Sozialpolitik verstanden – überlassen. Die Politik auf diesem Gebiet ist tatsächlich eine der wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft. Der SPD-Vorsitzende hat sehr lebensnah über Kindergärten gesprochen. (Hier hätte die Linke im Osten eigentlich mehr Kompetenz vorzuweisen!)

Es besteht die Gefahr, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Linke für traditionelle westdeutsche Sozialpolitik vergangener Jahrzehnte steht, während die SPD die Zukunftsfragen aufwirft. **Der entscheidende Punkt ist, die Programmthesen der SPD mit der realen Politik in Vergangenheit und Gegenwart zu vergleichen und die Widersprüche rauszuarbeiten.** Wer die Agenda 2010 als einen entscheidenden Schritt in Richtung vorbeugenden Sozialstaat verteidigt, der ist nicht glaubwürdig. Es gibt zwar einige durchaus richtige allgemeine Thesen, die in der vorliegenden Information aufgeführt sind. Die Politik, die unter diesem Motto durchgeführt wird, entspricht oftmals nicht diesen Thesen. Auch die Mehrzahl der konkreten Positionen von der Freistellung der Kindergartenbeiträge bis zur Gebührenfreiheit des Erststudiums ist nicht falsch. Im Gegenteil, vieles, was hier von der SPD gefordert wird, ist auch dem Druck von links geschuldet.

Anhang

Auf der Programmkonferenz diskutierte eine Reihe von prominenten Wissenschaftlern zum Thema. Das war eine sehr informative und anregende Debatte, die als Methode auf einer solchen Partei-Veranstaltung sehr zu empfehlen ist. Hier nur einige wesentliche Aussagen:

Prof. Dr. Gert G. Wagner (TU Berlin, Forschungsdirektor am DIW Berlin) betonte, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei der sozialpolitischen Umverteilung gut dastehe. Armut sei weitgehend konjunkturabhängig. Sie sei im Jahre 2006 im Sinken begriffen, so wie auch zwischen den Jahren 1997 bis 2000. Ein „echter III. Arbeitsmarkt“ oder Kombilöhne seien notwendig, um einfache Jobs für Niedrigqualifizierte zu schaffen. Solche Jobs müssten für „einige hunderttausend Leute“ geschaffen werden. Der Begriff „Generationengerechtigkeit“ würde überstrapaziert. Es werden damit Verteilungsentscheidungen begründet, obwohl andere Gründe hinter den Entscheidungen stehen.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann (Humboldt-Uni, Prof. für Stadt- und Regionalsoziologie) meinte, Wohnen sei nach wie vor ein zentraler Teil der sozialen Sicherheit. Der Wohnort kann heute eine Quelle von Benachteiligungen sein. In den 50er Jahren war das einfache, katholische Mädchen vom Lande das gravierende soziale Problem. Heute sind es die muslimischen Jungs in der Großstadt. Es ist eine integrierte Stadtteil- und Bildungspolitik notwendig – kein getrenntes Agieren. Der vorbeugende Sozialstaat müsse eine sozial integrative Politik betreiben.

Prof. Dr. Klaus Dörre (Uni Jena, Soziologie) stellte als zentrale These auf, dass die soziale Unsicherheit in die Mitte der Gesellschaft zurückgekehrt sei. Die relative Sicherheit wurde durch den Ausbau der Erwerbsarbeit und den Bürgerstatus erreicht. Heute wird dieser Prozess teilweise wieder umgekehrt.

Die Arbeitsgesellschaft ist heute in drei Zonen gespalten:

1. Vollzeitbeschäftigung (75 % der Beschäftigten).
2. Diejenigen, die keine Chance haben.
3. Das Prekariat liegt dazwischen. Das sind diejenigen, die „oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft beschäftigt sind“).

Daraus folgt, dass es bei der ersten Gruppe kollektive Abstiegsängste (Standortfrage) gibt. Bei denen gehe es nicht um Armut, sondern um Statusverlust. Bei der zweiten Gruppe wird aus der Not eine Tugend gemacht. Man kommuniziert noch mit Leuten aus der eigenen Gruppe. In Westdeutschland ist das bereits die zweite Generation. Die dritte Gruppe hangelt sich von einer prekären Beschäftigung in die nächste. Die Leiharbeiten sind eine ständige Mahnung der Stammebelegschaften. Die Frage laute: Welche Antworten gibt auf diese Situation der vorsorgende Sozialstaat? Es gehe um Haltelinien nach unten, den Übergang zwischen den Zonen und um eine „Aufwärtsmobilität.“

In den 70er Jahren wurden die „Klassen rauf- und runter dekliniert“. In den 80er Jahren wurde die Individualisierung strapaziert. Jetzt rede er von „Zonen“, nicht von Klassen und Schichten. Oben und unten habe wieder eine größere Bedeutung. Es gebe eine „neue Konfliktstruktur: drinnen- und draußen“. Die Armut sei von 5 auf 8 Prozent der Bevölkerung gestiegen. In Ostdeutschland steige die Armut drastischer an, die Polarisierung der Gesellschaft nehme hier besonders deutlich zu.

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann (Uni Bielefeld, Sozial- und Gesundheitswissenschaften) betonte, dass es Veränderungen in der Lebenslaufgestaltung gebe. Die Kindheit wird kürzer, die Pubertät setzt früher ein und hat kein klares Ende, wie früher. Die Jugendphase dauert länger, sie muss in ihrer „Offenheit ertragen und gestaltet“ werden. Jugendliche kommen schwerer aus ihrem Milieu heraus und bilden nicht mehr so schnell eine Familie (wenn überhaupt). Junge Frauen kommen besser aus der Jugendphase heraus als junge Männer. Junge Frauen haben ein flexibleres Familienbild, „die Männer ziehen hier nicht mit“. Die Leute müssten ein „unsicherer gewordenes Leben gestalten“, darauf müsse der vorsorgende Sozialstaat eine Antwort geben (Neuvermessung des Sozialstaates). Minijobs reichen nicht für eine normale Lebensführung aus. Studenten und Rentner sowie Hausfrauen sind froh, dass es sie gibt. Die hat man gegen sich, wenn man die Subventionierung der Minijobs beenden würde.

